

LINKE POLITIK VERTEIDIGEN!

Solidarität mit allen AntimilitaristInnen!

Am 25. September soll der Prozess gegen Axel, Florian und Oliver vor dem Berliner Kammergericht beginnen. Ihnen wird vorgeworfen, Ende Juli 2007 versucht zu haben, auf dem nachts menschenleeren Gelände der MAN AG in Brandenburg (Havel) drei Bundeswehrfahrzeuge anzuzünden.

Als KriegsgegnerInnen und AntimilitaristInnen sehen wir im Unschädlichmachen von Kriegsmaterial – und um nichts anderes handelt es sich bei Bundeswehr-Lkws, spätestens seit Deutschland sich an Angriffskriegen beteiligt – eine konkrete Abrüstungsinitiative. Einer solchen Aktion gilt unsere Solidarität! Es gibt viel zu viele Bundeswehrfahrzeuge!

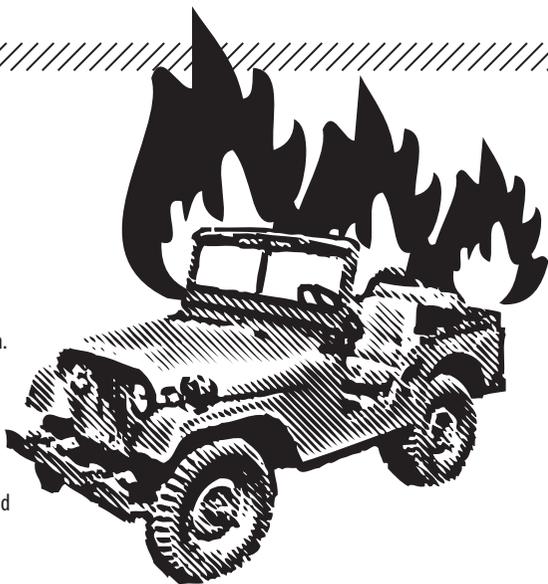
Seit dem Ende des „kalten Krieges“ folgt dem Gleichgewicht des Schreckens ein Schrecken ohne Ende: permanenter Krieg an allen Fronten. Mal als „humanitäre Intervention“ im Namen der Menschenrechte, mal als „Krieg gegen den Terror“ verkauft, wird die nun nicht mehr durch die Systemkonkurrenz ausgebremste kapitalistische Weltordnung polizeilich und militärisch ausgebaut. Und die BRD mischt kräftig mit, unter anderem in Afghanistan.

Wir wehren uns gegen eine solche Politik, die unverhohlen und zunehmend selbstherrlicher auf die militärische Karte setzt, um ökonomische Dominanz und politische Großmachtambitionen durchzusetzen.

SOLIKUNDGEBUNG ZUM PROZESSAUFTAKT

**Donnerstag | 25. September 2008 | 8 Uhr
Kriminalgericht Moabit (Turmstraße 91)**

Unter starken Sicherheitsvorkehrungen soll um 9 Uhr die Verhandlung gegen Axel, Florian und Oliver eröffnet werden. Doch linker Widerstand ist notwendig und legitim – und gehört nicht vor Gericht! Dieser unserer Überzeugung wollen wir zum Prozessauftakt Ausdruck verleihen, als ZuschauerInnen im Saal und lautstark vor dem Gerichtsgebäude gegen Krieg, Überwachung, Repression und für die Abschaffung der Paragraphen 129, 129a und b.



Gegen die stetige Militarisierung der Gesellschaft setzen wir auf praktischen Antimilitarismus von unten. Proteste gegen die Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehrmandates in Afghanistan sind ein notwendiger Bestandteil, auch wenn es uns um den vollständigen Abzug aller Truppen geht. Und um noch viel mehr: tagtäglich erleben wir auch hier im globalen Norden die Folgen einer militarisierten Politik.

Dem Krieg nach außen entspricht der Krieg nach innen: Rüstungsausgaben statt Sozialpolitik, Ausbau der Festung Europa gegen Flüchtlinge, militärische Sperranlagen und Tornado-Einsatz statt Absage eines unpopulären G8-Gipfels in Heiligendamm, Abbau von BürgerInnenrechten, zunehmende elektronische Überwachungsmaßnahmen und Ausbau von Gefängnissen.

Diese Situation fordert einen Antimilitarismus auf vielen Ebenen: als kritische Stimme vor Parlamentsdebatten, als alltäglichen Widerstand gegen den sozialen Angriff, als praktische Intervention gegen militärische Infrastruktur und Rüstungsprofiteure ...

Die BRD führt Kriege und dabei will sie sich nicht stören lassen. Entsprechend sollen KriegsgegnerInnen „mit der ganzen Härte des Gesetzes“ bestraft werden.

Axel, Florian und Oliver werden nicht allein wegen einer versuchten Brandstiftung vor Gericht stehen, ihnen wird außerdem die Mitgliedschaft in der „mg“ (Militante Gruppe) vorgeworfen.

Ins Visier der BKA-Überwachung gerieten die drei aufgrund des Kontakts zu einer Gruppe politisch aktiver Wissenschaftler, die gleichfalls der Mitgliedschaft in der „mg“ verdächtigt werden. Die „mg“ beteiligte sich seit 2001 an Debatten um Theorie und Praxis militanter Politik und hat sich zu über 20 Aktionen bekannt, unter anderem auf Konzerngebäude, Polizei- und Bundeswehrfahrzeuge. Mit ihren Texten und Aktionen griff sie zahlreiche Themen der Linken auf: NS-Zwangsarbeiterentschädigung, Hartz IV, Lohnraub und Entlassungen, Abbau von Gewerkschaftsrechten, Abschiebungen und das tödliche Schicksal von Flüchtlingen, politische Gefangene, staatliche Repression, imperialistische Kriege.

Seit Jahren fahndet das BKA erfolglos nach Mitgliedern der „mg“ auf der Grundlage des Paragraphen 129a und 129 (Bildung einer terroristischen beziehungsweise kriminellen Vereinigung), der schärfsten Waffe des Staates gegen politische GegnerInnen. Mithilfe des Paragraphen 129a, der den Behörden ein umfassendes Ermittlungsarsenal zur Verfügung stellt (Telefonüberwachung, Brief- und Email-Kontrolle, Observationen, Hausdurchsuchungen), werden v.a. linke Strukturen immer wieder ausgeforscht, in ihrer Arbeit blockiert und versucht einzuschüchtern. Dies betrifft unter anderem auch AktivistInnen aus der Antifa-Bewegung und den Kampagnen gegen Gentechnik.

In Stuttgart-Stammheim läuft derzeit ein Prozess gegen fünf Linke aus der Türkei, denen die Mitgliedschaft in der DHKP/C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei/Front) vorgeworfen wird. Hier wird zum ersten Mal der 2001 neu geschaffene Paragraph 129b („Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung“) gegen eine linke Organisation eingesetzt.

Die 129er-Paragraphen sind das Kernstück des politischen Strafrechts gegen Linke in der BRD. Sie dienen der Durchleuchtung und Einschüchterung außerparlamentarischer Bewegungen. Sie fokussieren aber vor allem jene, die die zugelassenen Areale politisch erwünschter Betätigung bewusst überschreiten.

Die radikale Ablehnung von Kriegspolitik, die Überzeugung, dass eine solidarische Weltordnung der Überwindung des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems bedarf, sind Gründe, ins Visier der Ermittler zu geraten. Sich verdeckt zu organisieren (Vorsicht am Telefon, Verschlüsseln von Emails und Computerfestplatten, Achtsamkeit vor Observationen) – für viele politische AktivistInnen in Zeiten eines zunehmend repressiven Überwachungsstaates eine Frage der Würde, des Selbstschutzes und der puren Notwendigkeit für offensive Politik – gilt zugleich als Anfangsverdacht der Ermittlungen und Indiz der Anklage.

Wir rufen auf, den Prozess gegen Axel, Florian und Oliver aufmerksam zu verfolgen und aktiv solidarisch zu begleiten. Solidarität ist unsere Waffe, nutzen wir sie!



INFO- UND DISKUSSIONS- VERANSTALTUNG ZUM PROZESSBEGINN

**Dienstag | 23. September 2008 | 19.30 Uhr
Clash (Mehringhof | Gneisenaustraße 2a)**

Als Angeklagte und UnterstützerInnen, die sich im Bündnis für die Einstellung der 129(a)-Verfahren organisiert haben, wollen wir euch informieren und mit euch ins Gespräch kommen: über unsere Einschätzung(en) des anstehenden Prozesses, die politischen Schwerpunkte der Soliarbeit und unsere Hoffnungen und Erwartungen an eine aktive solidarische Begleitung der Verhandlungstage.

DEMO GEGEN DEN BUNDEWEHREINSATZ IN AFGHANISTAN

**Samstag | 20. September 2008 | 12 Uhr
Brandenburger Tor**

Unsere Teilnahme am Antikapitalistischen Block in der Demonstration gegen die Verlängerung des Bundeswehrmandates für den Kriegseinsatz in Afghanistan soll als Zeichen der Solidarisierung mit der antimilitarischen Aktion von Axel, Florian und Oliver verstanden werden. Es gibt zu viele Bundeswehrfahrzeuge! Bundeswehr und Nato raus aus Afghanistan!

In anderen europäischen Ländern wurden AktivistInnen, die ebenfalls Kriegsmaterial zerstört hatten, von Gerichten freigesprochen, mit der Begründung, ihre Sabotageaktionen hätten dem Ziel gedient, weit schlimmere Taten als eine „Sachbeschädigung“ zu verhindern. Auch wir fordern einen Freispruch für Axel, Florian und Oliver.

Antimilitaristischer Widerstand ist notwendig und legitim. Nutzen wir das Verfahren für eine Verbreiterung der Auseinandersetzung um Antimilitarismus und selbstbestimmte Abrüstungsinitiativen.

Einstellung aller §§ 129a/b-Verfahren!
Abschaffung der §§ 129a/b!
Freispruch für Axel, Florian und Oliver!



*Bündnis für die
Einstellung der
§ 129(a)-Verfahren*

Aktuelle Informationen zum Prozess:
<http://einstellung.so36.net>

WEITERE PROZESSTERMINE

Beteiligt euch an der kritischen Prozessbeobachtung: 1.10., 8.10., 9.10., 15.10., 16.10., 29.10., 30.10., 5.11, 6.11., 12.11, 13.11., 10.12., 11.12., 17.12., 18.12.2008, 7.1.2009, jeweils 9 Uhr (ausgenommen 1.10.: 11.00 Uhr) | Kriminalgericht Moabit | Turmstrasse 91 | 10559 Berlin | Saal 700.

DIE SOLIDARITÄTSARBEIT KOSTET VIEL GELD

Wir brauchen dringend Geld für die Öffentlichkeitsarbeit zum Prozess! Spenden bitte überweisen an: Rechtsanwalt Thomas Herzog | Postbank Essen | BLZ 360 100 43 | Kontonummer 577 701 432 | Verwendungszweck: Sonderkonto

